

HEUTE MIT MAGAZIN
BERUFSWAHL

LIECHTENSTEINER Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li

Triumph am US Open

Der Schweizer Stan Wawrinka gewann in Flushing Meadows (New York) sein drittes Grand-Slam-Turnier. 19

Leichtathleten überzeugen

An der Nachwuchs-SM gab es für Diskuswerfer Pirmin Dürr eine Bronzemedaille. 21

Testen Sie Ihre Knochengesundheit.

12. bis 17. September 2016.
Um Anmeldung wird gebeten: Tel. +423 232 48 44

LAURENTIUS APOTHEKE
Landstrasse 97 | 9494 FL-Schaan | www.laurentiusapothekeli

Familie und Beruf

Initiative sorgt für emotionale Debatten 2

GmbH-Reform

Zwiefelhofer erwartet Impuls für den Standort 2

Recycling

Tausch-Ecke wegen Missbrauch aufgelöst 3

Waldbegehung

Erlebnisreicher Rundgang im Wald 5



Hoher Besuch

Parlamentarier aus Norwegen besuchten den Landtag. 5

Sapperlot

Klebstoffkrise in Österreich. Gestern wurde bekannt, dass Österreich die Bundespräsidentenwahl, welche am 2. Oktober stattfinden hätte sollen, verschoben hat. Neu werden sie vermutlich am 4. Dezember, am zweiten Adventssonntag, stattfinden. Der Grund: Eine Klebstoffkrise. Zahlreiche Briefwahlkarten waren wegen defekter Klebestreifen bei der Auszählung nach der Wahl ungültig. Man könnte meinen, das Drehbuch zu der Bundespräsidentenwahl sei von einem Schriftsteller geschrieben worden. Denn bereits die Wahl im Mai, als Alexander Van der Bellen knapp siegte, wurde für ungültig erklärt. Verschiedene Formfehler. Da stellt sich die Frage, was sich der Schriftsteller wohl für einen dritten Versuch für Österreich ausgedacht hat. Dass die Tinte nicht für alle Briefwahlkarten reicht? Oder dass urplötzlich alle Briefkästen in Österreich fehlen? Der Kleber sollte dann wohl kein Problem mehr darstellen. Es sei denn, die Österreicher haben bis dahin schon alle Weihnachtsgeschenke eingepackt und gut verklebt.

Magdalena Hilbe

Risch
reinigt
Rohre AG
079 438 01 03

Isch Not am Ma, am Risch lüt al
0800 077 077

VU will Finanzausgleich unter die Lupe nehmen

Landtag Die VU-Fraktion hat gestern eine Interpellation eingereicht. Sie will damit den Finanzausgleich und die Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden prüfen lassen.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Vaduz Den Gemeinden in Liechtenstein geht es sehr gut. Dies zeigt jedenfalls ein Blick in die Jahresrechnungen 2015. Doch die Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden akzentuieren sich zunehmend. Aus diesem Grund gibt es einen Finanzausgleich. Dadurch werden finanzschwächere Gemeinden durch Gelder von steuerkräftigen Gemeinden unterstützt. Das Ganze ist ein komplexes System.

Studie zeigte Verbesserungspotenzial auf

Die Stiftung Zukunft.li hat das derzeitige Modell in einer Studie mit dem Titel «Finanzausgleich – Argumente für eine Neuausrichtung» untersucht. Die Studienverantwortlichen kamen dabei zum Schluss: Die Gemeinden sollen wieder mehr Autonomie bekommen – und so das System effizienter und fairer machen.

«Letztlich geht es auch hier um weniger Bürokratie sowie schlanke, menschenverstandsgesteuerte regulatorische Vorgaben.»



Christoph Wenaweser
VU-Fraktions Sprecher

Aufgabenentflechtung soll fortgesetzt werden

Die VU-Fraktion hat die Studie nun zum Anlass genommen, das Thema auf das politische Parkett zu bringen. Mit der Interpellation wollen die VU-Abgeordneten eine grundsätzliche Diskussion der komplexen Materie über das Zusammenspiel zwischen Land und Gemeinden anregen. Gleichzeitig soll die Interpellation «zur dringenden notwendigen Fortsetzung der Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden beitragen», so die VU-Fraktion in einer Me-

dienmitteilung. Die Eingabe an die Regierung umfasst acht Fragen. Zu den Zielen der Eingabe erklärt VU-Fraktions Sprecher Christoph Wenaweser: «Wir hoffen, dass die neue Regierung die Interpellation am Anfang ihrer Amtszeit zum Anlass nimmt, sich in den kommenden vier Jahren mit den anspruchsvollen Fragen der Teilung von Einnahmen, von Aufgaben und deren Finanzierung und Umverteilung auseinanderzusetzen. Es ist zu vermeiden, dass dabei allenfalls zutage tretende strukturelle Unzulänglichkeiten vom Staat auf die Gemeinden überwältigt werden. Letztlich geht es auch hier um weniger Bürokratie sowie schlanke, menschenverstandsgesteuerte regulatorische Vorgaben.» Die Stiftung Zukunft.li freut sich darüber, dass die Politik den Ball aufnimmt. 3

Ein neuer Lebensabschnitt

Berufswahl Mit dem Weg ins Berufsleben beginnt für viele ein einschneidender Abschnitt in ihrem Leben. Das heute dem «Liechtensteiner Vaterland» beigelegte Berufswahl-Magazin beleuchtet verschiedene Aspekte bei der Berufswahl. Unter anderem gibt das Magazin Auskunft über die diversen Berufe, die in Liechtenstein gelernt werden können. Weiters erfahren die zukünftigen Schulabgänger, wie sie die Suche nach der passenden Lehrstelle via App vornehmen können oder was es alles braucht, um während der Lehre dank eines Mobilitätsprojekts ein halbes Jahr lang im Ausland im gleichen Beruf zu arbeiten und sich so neue Skills anzueignen. (lb)

Beilage



Glückwünsche zum Namenstag der Landesfürstin überbracht



Schloss Vaduz Gestern feierte Fürstin Marie von und zu Liechtenstein ihren Namenstag. In diesem Jahr waren die Kinder des Kindergartens und der Primarschule Balzers zur traditionellen Gratulationsfeier eingeladen. vaterland.li/fotogalerie

Bild: Tatjana Schnalzer

Wahlkampf weiter angeheizt

New York Nur zwei Monate vor der US-Präsidentenwahl macht der Kandidat der Demokraten, Hillary Clinton, eine Lungenentzündung zu schaffen. Seit Sonntag macht ein Video die Runde, das Clinton strauchelnd und wegsackend zeigt. Beim Einsteigen in ein Auto wurde sie gestützt. Der Wahlkampf wurde dadurch erneut angeheizt. 30

Hausaufgaben sollen bleiben

Umfrage Die Hausaufgaben sollen weiterhin zum Pflichtprogramm aller Schüler in Liechtenstein gehören. Dieser Ansicht sind jedenfalls über 68 Prozent der 383 Teilnehmer der Umfrage der Woche. In der Schweiz hat sich kürzlich der Verband der Schulleiter für eine Abschaffung stark gemacht. Ob Hausaufgaben nun sinnvoll sind oder nicht, darüber sind sich die Fachleute nicht einig. In Liechtenstein ist eine Abschaffung derzeit aber kein Thema.

Neue Umfrage der Woche In Vaduz soll eine weitere **Busspur** entstehen. Finden Sie das eine gute Idee? vaterland.li



«entsorgi»-Tauschecke geschlossen

Missbrauch Die «Geben & Nehmen»-Ecke der Elkuch Josef AG war bei Kunden sehr beliebt. Da jedoch immer häufiger Müll anstelle von Tauschgegenständen abgeladen wurde, musste die Ecke geschlossen werden.

Joël Grandchamp
jgrandchamp@medienhaus.li

Eschen. Bei Recycling-Bemühungen geht es darum, dass alten Gegenständen ein neuer Zweck zugeordnet wird. Dazu kann auch gehören, dass Gegenstände, die in einem Haushalt nicht mehr benötigt, weitergegeben und so wieder einem Nutzen zugeführt werden. Dies war bis vor Kurzem auch beim Recycling Center der Elkuch Josef AG in Eschen an der sogenannten «Geben & Nehmen»-Ecke möglich.

«Die Idee war, gebrauchte Gegenstände wieder einer neuen, sinnvollen Verwendung zuzuführen», sagt Björn Berchtel, Marketing & Projektmanager bei der Elkuch Josef AG. Da man bei der Entsorgung gesehen habe, dass hin und wieder noch gut erhaltene Gegenstände weggeworfen wurde, habe man beschlossen, zu handeln. «Wir wollten versuchen, die Ressourcenverschwendung einzudämmen. Daher haben wir in unserer «entsorgi» eine Fläche für eine selbstständige Tauschbörse zur Verfügung gestellt», erläutert Berchtel. Während der Öffnungszeiten konnten dort gebrauchte Gegenstände gebracht oder auch gratis abgeholt werden.

Tauschbörse als Müllhalde missbraucht

Die «Geben & Nehmen»-Ecke musste gut vier Jahre nach ihrer Gründung im Jahr 2012 wieder aufgelöst werden. Grund dafür war, dass die Tauschbörse als



Die Tauschtage der Elkuch Josef AG erfreuten sich immer grosser Beliebtheit.

Bild: zvg

Müllhalde missbraucht wurde. «Es war mehrfach so, dass Gegenstände abgelagert wurden, die schlicht nicht mehr brauchbar waren», erklärt Berchtel. Am Schluss sei es sogar so gewesen, dass mehr unbrauchbare als noch verwendbare Sachen abgelagert wurden. «Diese Gegenstände mussten dann durch unsere Mitarbeiter entsorgt werden und die Entsorgungskosten blie-

ben bei uns hängen», so Berchtel weiter.

Obwohl man einzelne Personen, bei denen beobachtet werden konnte, dass sie solche unbrauchbaren Gegenstände abgestellt haben, darauf angesprochen und auf das Fehlverhalten hingewiesen habe, hat sich die Situation nicht gebessert. «Einige schwarze Schafe haben den Umstand, dass der Tauschbereich nicht direkt

einsehbar war, genutzt um Entsorgungsgebühren einzusparen. Daher sahen wir uns gezwungen, den Betrieb der Tauschbörse in dieser Form einzustellen», erklärt Berchtel.

«Bring & Hol»-Tage bei Recycling Center

Damit die Idee der Tauschbörse nicht komplett verloren geht, bietet die Elkuch Josef AG nun

«Bring & Hol»-Tage an. «Da unsere Kunden diese zusätzliche Tauschmöglichkeit immer sehr geschätzt haben, wollen wir diese «Bring & Hol»-Tage zwei Mal pro Jahr durchführen», sagt Berchtel. Bisher gab es pro Jahr einen solchen Tausch-Tag. Im Recycling Center selbst wird die Tauschmöglichkeit auf Bücher und Magazine eingeschränkt und an einen Ort verlegt, welcher von ei-

nem Mitarbeiter einsehbar ist. «Wenn ein Gegenstand aus dem Reglement herausfällt, wird er nicht angenommen», stellt Berchtel klar.

Der nächste «Bring & Hol»-Tag wird am Samstag, 22. Oktober, im «entsorgi» Recycling Center der Elkuch Josef AG in Eschen stattfinden. Jeder, der Interesse daran hat, sei herzlich eingeladen, daran teilzunehmen.

«Es geht darum, dass Steuergelder effizient eingesetzt werden»

Finanzausgleich Das Thema der VU-Interpellation ist auf den ersten Blick kein Thema, welches den Bürgern unter den Nägeln brennt. Für den Experten Thomas Lorenz von der Stiftung Zukunft.li stimmt diese Einschätzung aber nicht.

Interview: Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Die erste Studie des Think-Tanks Stiftung Zukunft.li untersuchte den Finanzausgleich unter den Gemeinden. Der Geschäftsführer der Stiftung, **Thomas Lorenz**, freut sich, dass die VU-Landtagsfraktion das Thema mit einer Interpellation aufgegriffen hat.

Die Stiftung Zukunft.li hat im Juni eine Studie mit Denkanstössen zum Finanzausgleich präsentiert. Nun hat die VU-Landtagsfraktion eine Interpellation zu diesem Thema eingereicht. Hat die Stiftung somit ihr Ziel erreicht?

Thomas Lorenz: Es freut uns sehr, dass nun eine der Landtagsfraktionen unsere Studie zum Anlass genommen hat, eine Interpellation zu Fragen rund um den Finanzausgleich und die Aufgabenteilung zwischen Land und Gemeinden einzureichen. Unsere langfristige Zielsetzung liegt darin, mit unseren Anregungen und Denkanstössen auch etwas zu bewirken und die Chancen dazu sind natürlich umso grösser, wenn jemand «den Ball auch aufnimmt».

Wo stimmt das heutige System für Sie nicht? An wel-

chen Stellen müsste nachgebessert werden?

Das heutige System ist auf die Finanzierung der Ausgaben der Gemeinden ausgerichtet. Gemeinden, welche dies aus eigener Kraft erreichen, sind deshalb auch nicht in den Finanzausgleich eingebunden. Hier würden wir ansetzen und das System mit einem «Ressourcenausgleich» in eine Richtung führen, mit der in erster Linie ein teilweiser Ausgleich der stark unterschiedlichen Steuerkraft erfolgt. Wenn gleichzeitig diejenigen Lasten der Gemeinden, welche sie nicht oder kaum beeinflussen können, mit einem «Lastenausgleich» abgedeckt werden, dann sind die Ausgangslagen für die elf Gemeinden fairer. Damit kann das Angebot einer Gemeinde bezüglich Service, Infrastruktur, Verwaltung usw. wieder enger mit dem verknüpft werden, was die eigenen Steuerzahlenden auch bereit sind zu bezahlen.

Sie konnten die Resultate der Studie auch an der Vorsteherkonferenz präsentieren. Wie sind die Resultate von den Gemeindevorstehern aufgenommen worden? Diese Möglichkeit einer Direktinformation an der Vorsteherkonferenz haben wir sehr geschätzt und nach den erhaltenen

Rückmeldungen wird eine objektive Betrachtung solcher Themen durchaus befürwortet. Wir haben nicht damit gerechnet, dass alle Gemeinden gerade auf diese Studie gewartet haben (lacht), aber mittlerweile durften wir die Hauptpunkte der Studie dennoch bereits den Gemeindevorstehern in drei Gemeinden präsentieren. Die Thematik ist ja schliesslich auch nicht sehr simpel und es ist sicherlich zielführend, wenn sich die Gemeinden mit diesem für sie essenziellen Gebiet befassen. Interesse ist also durchaus vorhanden.

Der Finanzausgleich zwischen den Gemeinden ist nicht gerade ein Thema, das den Bürgern unter den Nägeln brennt. Was wäre der Vorteil für den einzelnen Bürger, wenn dieses Thema mehr politische Aufmerksamkeit erhält?

Zum einen geht es sicherlich darum, dass Steuergelder – und davon sprechen wir ja bei den Finanzzuweisungen, die das Land an die Gemeinden weiter gibt – möglichst effizient und zielführend eingesetzt werden. Daran hat sicherlich jede und jeder ein Interesse. Es geht aber weiter auch um die Auseinandersetzung mit dem Thema der Aufgabenverteilung zwischen Land



Thomas Lorenz

Bild: Daniel Schwendener

und Gemeinden und damit dem Entscheid, welche Aufgaben im Sinne von «Bürgernähe» besser von den Gemeinden als vom Land wahrgenommen werden und wie heute noch bestehende Mischfinanzierungen sinnvoll aufgelöst werden können. Das bedeutet natürlich keinesfalls immer 11 Einzellösungen, wenn eine Aufgabe in die alleinige Verantwortung der Gemeinden verschoben wird – dafür gibt es ja bereits sehr gute Beispiele.

Die Thematik Finanzausgleich und Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden ist ziemlich komplex. Wenn sich die Politik nun diesem Thema annimmt, bis wann wäre hier aus Ihrer Sicht eine neue Lösung umsetzbar?

Das ist in erster Linie einerseits eine Frage, ob und wie viel Priorität die Politik dem Thema einräumt und andererseits, ob die verschiedenen Themen wie Aufgabenentflechtung und Finanzausgleich als einzelne Projekte oder als Gesamtprojekt gesehen werden. Ich denke, die Lösungsansätze sind sehr überschaubar und entsprechend könnten erste Resultate in der ersten Hälfte der nächsten Legislaturperiode durchaus realistisch sein.